



**Bayerischer
Wirtschaftstag
am 10. Juli 2017,
in Amberg**

Bitte vormerken!



Mitgliederzeitung Kompass · Wirtschaftsbeirat Bayern · Ausgabe 02 / 2017

Wo stehen wir bei der Energiewende?

Energiepolitisches Zieldreieck Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit fest im Blick

Für die Energiewende war 2016 ein absolutes Rekordjahr: Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in Deutschland ist auf fast 30 Prozent gestiegen – in Bayern liegt dieser Wert sogar bei fast 40%. Atemberaubend waren auch das Tempo und die Anzahl der Gesetze, die im vergangenen Jahr verabschiedet wurden: Mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz, dem Strommarktgesetzes, der Anreizregulierungsverordnung, dem Bundesbedarfsplangesetz und dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende hat die Bundesregierung gerade noch rechtzeitig vor Ablauf der aktuellen



*Franz Josef Pschierer, MdB
Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie*

Legislaturperiode alle verbliebenen Punkte aus ihrer „10-Punkte-Agenda zur Energiewende“ abgearbeitet. Hinzu kommt schließlich noch der Klimaschutzplan 2050 der Bundesumweltministerin.

MASTERPLAN DER BUNDESREGIERUNG FEHLT

Das Arbeitstempo der Bundesministerien ist bemerkenswert – keine Frage. Geblieben ist allerdings vor allem der Eindruck, dass die Energiewende unkoordiniert umgesetzt wird: Ein Masterplan, wie sich diese einzelnen Mosaiksteine zu einem stimmigen Gesamtbild zusammenfügen, ist auf

Bundesebene nicht erkennbar. Dazu ein Beispiel: Eine sinnvolle Netzausbauplanung braucht eine langfristige Perspektive. Deswegen wird mit dem Netzentwicklungsplan zehn Jahre in die Zukunft geschaut, und der Bundestag beschließt auf dieser Grundlage den künftigen Netzausbaubedarf. Dabei fehlte uns aber bislang jegliche Möglichkeit, den Ausbau der erneuerbaren Energien kontrolliert zu gestalten. So war es mitnichten ausgemacht, dass die Annahmen, die der Netzausbauplanung zu Grund liegen, auch eintreffen. Der Windkraftausbau im Norden etwa drohte vollkommen aus dem Ruder zu laufen und damit den Ausbaubedarf im Übertragungsnetz zusätzlich zu erhöhen. Erst auf Druck Bayerns hat das Bundeswirtschaftsministerium den Ausbau im Norden beschränkt und damit Netz- und Erneuerbaren-Ausbau verzahnt. Damit wurde eine bayerische

In dieser Ausgabe:
Positionen Wirtschaftsbeirat Bayern
„Wirtschaftliche Ungleichheit“, Prof. Dr. Clemens Fuest
Seite 3-4

Forderung nach einer angemessenen regionalen Steuerung im EEG aufgegriffen. Das ist aber nur ein erster Schritt in Richtung eines überfälligen Systemwechsels: In Zukunft muss sich der Ausbau der Erneuerbaren viel stärker am vorhandenen Netz orientieren.

ZIELDREIECK AUS UMWELT- VERTRÄGLICHKEIT, VERSOR- GUNGSSICHERHEIT UND BEZAHLBARKEIT IM BLICK BEHALTEN

Mit großen Teilen der Wirtschaft teile ich die Sorge, dass im energiepolitischen Zieldreieck die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung aus dem Blick geraten. Für die Bayerische Staatsregierung ist aber klar, dass das Fortschreiten der Energiewende nicht die internationale >> Seite 2

COM | CODE
CyberSecurity

Industriestr. 31, 82194 Grobenzell b. München
info@comcode.de | www.comcode.de

WIR SCHÜTZEN BAYERISCHE UNTERNEHMEN IN DER DIGITALEN WELT

ComCode Events
März / April

15. März / 09.00 - 11.00 Uhr: **Digitale Transformation durch CyberSecurity**
Neue Herausforderungen und Verantwortlichkeiten im Zeitalter von Industrie 4.0 und digitalen Geschäftsprozessen

27. April / 09.00 - 11.00 Uhr: **Cyber Threat Intelligence**
Cyber-Bedrohungen erkennen und richtig handeln

Sonderkonditionen auf Security-Dienstleistungen für Mitglieder des Wirtschaftsbeirates Bayern

**Ihr regionaler Partner für Investitionen.
Seit über 20 Jahren in Bayern!**

www.ril.de



Spitzenposition des Wirtschaftsstandortes Bayern gefährden darf.

Wir müssen einerseits unseren internationalen Spitzenplatz bei der Versorgungssicherheit verteidigen. Hier haben wir mit dem bis zu 2-GW-Segment für Süddeutschland eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um auch in der Zeit zwischen Abschaltung des letzten Kernkraftwerkes und Fertigstellung der großen Stromautobahnen keine Abstriche machen zu müssen. Das 2-GW-Segment ermöglicht den Betrieb hoch flexibler Netzstabilitätsanlagen, die unvorhergesehene kritische Situationen im Netz beheben.

Wir müssen andererseits vor allem die Kosten der Energiewende in den Griff bekommen und langfristig wieder berechenbar machen und brauchen eine klare Priorisierung aller Maßnahmen im Hinblick auf Kosteneffizienz und Wirksamkeit zur Erreichung der energie- und umweltpolitischen Ziele. Wettbewerbliche Instrumente müssen bei der Umsetzung der Energiewende Vorrang haben. Auch an dieser Stelle ein Beispiel: Während im Zusammenhang mit dem Klimaschutzplan 2050 über einen höheren Beitrag von Industrie und Verkehr gestritten wurde und

mit dem drohenden Verbot des Verbrennungsmotors Hand an die Wurzel unseres Wohlstands angelegt werden sollte, wurde die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudemodernisierung als Instrument mit den niedrigsten CO₂-Vermeidungskosten nicht einmal erwähnt.

UMDENKEN BEI DER FÖRDERUNG DER ERNEUERBAREN ENERGIEN ERFORDERLICH

Eine der wichtigsten Herausforderungen der Energiewende ist und bleibt die Strompreisentwicklung. Die Belastbarkeit der bayerischen Industrie und Haushalte durch die steigenden Energiepreise stößt an ihre Grenzen. Dass die durchschnittlichen Börsenstrompreise seit 2011 um über 40 Prozent zurückgegangen sind, kommt beim Verbraucher nicht an: Die Stromrechnung des durchschnittlichen Haushaltes ist im gleichen Zeitraum um fast 14 Prozent gestiegen. Der Grund dafür liegt im Anstieg staatlich veranlasster Kosten wie Abgaben, Umlagen und Steuern. Dieser Anteil an den Stromkosten hat 2016 mit 54 Prozent einen neuen Höchstwert erreicht. Im Jahr 2017 werden allein über die EEG-Umlage mehr als 25 Mrd. € umverteilt. Ein noch entschlosseneres Umlenken bei der Förderung der

erneuerbaren Energien ist erforderlich.

Darüber hinaus zeigen sich bei einem mittlerweile beherrschenden Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Stromerzeugung zunehmend die Schwächen des Fördersystems: Außerhalb des EEG-geförderten Bereichs sind die Börsenstrompreise auf ein Niveau gefallen, das teilweise nicht einmal mehr die laufenden Betriebskosten bestehender Wasserkraftwerke abdeckt und hoch-effiziente Gaskraftwerke in die Netzreserve treibt. Es fehlen Anreize für eine systemdienliche Einspeisung (Speicher etc.), da auch Börsenstrompreisschwankungen nicht bei den Betreibern Erneuerbarer-Energien-Anlagen ankommen.

STROMPREISBREMSE

Ein Weiter-So bei der Erneuerbaren-Förderung werden wir uns im internationalen Wettbewerb nicht mehr leisten können. Weiter steigende Stromkosten würden zur Belastung für den (Industrie-) Standort Bayern und Deutschland. Eine Begrenzung des Stromkostenanstiegs ist zugleich eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Bayern fordert dieses schon seit Längerem, in Berlin sieht man allerdings immer noch keinen Bedarf zum Tätigwerden. Eine wirksame

Strompreisbremse muss den Anstieg der EEG-Umlage stoppen, darf aber auch die übrigen staatlich veranlassten Strombestandteile nicht aus dem Blick verlieren. Im Zentrum einer Strompreisbremse muss ein Systemwechsel stehen, der die erneuerbaren Energien stärker und schneller an den Markt heranführt und in das bestehende System integriert. Wettbewerb ist hierfür die beste Triebfeder.

Wir wollen die neue Bundeswirtschaftsministerin nicht aus Ihrer Verantwortung entlassen, ein in diesem Sinne schlüssiges Gesamtkonzept für eine

Strompreisbremse vorzulegen. Eines ist aber für mich klar: Wenn der Bund auch weiterhin untätig bleibt, werden wir in Bayern – im Schulterschluss mit den Spitzenverbänden der bayerischen Wirtschaft – Vorschläge entwickeln, um sie zum geeigneten Zeitpunkt in die Diskussion einzubringen. Dies sind wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern und insbesondere den Unternehmen am Standort Bayern schuldig!



FRANZ JOSEF PSCHIERER, MdL
Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

10 Punkte zur Energiewende abgearbeitet

Kosten der Energiewende stoppen

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder



SpaceTecCapital Partners GmbH, Rainer Horn, München
Florenus AG, Michael Schaub, Berlin
Dr. Hartmut Wurster, Friedberg
Willi Oberheim, Taufkirchen
Florian Hahn, Berlin
Stefan Schrenick, Notar, München
Jörg Helmling, Rechtsanwalt, Nürnberg

Wenn Sie gesehen werden wollen, müssen Sie sich zeigen!



Anzeigen im »Kompass« des WBU.
Schon ab 260 €.
Mehr: www.wbu.de/mitglieder-info.asp





Dr. Johann Schachtner,
Generalsekretär

Vertauschte Rollen

Liebe Mitglieder des
Wirtschaftsbeirats,

vertauschte Rollen. Noch vor einem Jahr waren es unsere amerikanischen Partner, die auf ein Freihandelsabkommen gedrängt haben. Sie wollten einen gemeinsamen Handelsraum schaffen, der uns gegenseitig in den Umbrüchen der Globalisierung gestärkt hätte. Diese Chance ist vorerst verfallen. Der Wirtschaftsbeirat war immer klar für TTIP. Aber wir in Deutschland insgesamt haben uns gezielt aus unbegründeten Ängsten vor Chlorhühnchen und Dumping bei Standards und in Verkennung des Nutzens offener Märkte für alle.

Der neue Präsident der USA ist jetzt dabei umzusetzen, was die Gegner von TTIP immer wollten, einen Stopp der Globalisierung. TPP aufgekündigt, TTIP auf Eis während China mit Macht ein regionales Handelsabkommen in der pazifischen Region anstrebt, das 30 Prozent des weltweiten Sozialprodukts und 50 Prozent der Weltbevölkerung umfasst, – so verspielt man seine Trümpfe. Der Vorwurf, Deutschland beute die USA mit einer unterbewerteten Währung aus, ist abwegig und falsch. Abwegig, weil die Geldpolitik nicht von Deutschland, sondern von der EZB zu verantworten ist und diese sich an Europa ausrichtet. Falsch, weil die Exporterfolge vor allem auf technologisch überlegenen Produkten beruhen. Außerdem standen deutsche Exportgüter noch nie im Ruf besonders günstig zu sein.

Wenn es stimmen sollte, dass amerikanische Firmen auf politischem Druck hin Aufträge an deutsche Firmen stornieren, dann drohen diskretionäre politische Eingriffe in die Wirtschaft einen transparenten Ordnungsrahmen zu zersetzen. Protektionismus pur ist dabei, an die Stelle offener Märkte zu treten, wenn politische Ziele durch willkürliche Importzölle durchgesetzt werden sollen. Wir zittern um 1,6 Millionen Arbeits-

plätze in Deutschland, die mit dem Handel mit den USA stehen und fallen.

Vielleicht beginnen jetzt auch die Kritiker der Globalisierung zu verstehen. Mit Protektionismus verlieren alle, die USA und auch wir in Deutschland. Von Freihandel und offenen Märkten profitieren alle – unsere Partner in aller Welt und wir selbst. Einen Handels- und Währungskrieg gilt es unter allen Umständen zu vermeiden. Jetzt sind wir es, die sich an die Spitze der Befürworter freien Handels und offener Märkte setzen müssen, für eine gute Zusammenarbeit auch mit den amerikanischen Partnern.

Der Wirtschaftsbeirat hat die Geldpolitik der EZB zum Jahresbeginn erneut zur Debatte gestellt. Das ist ein Dauerbrenner, aber seine Brisanz steigt. Was bleibt als Resümee? Das Ziel, Investitionen anzuregen, das die EZB verkündet, kann sie nicht erreichen, weil sie die eigentlichen Probleme nicht adressiert. Die schädlichen Nebenwirkungen werden aber immer gravierender: Tragfähigkeitsillusion bei den Regierungen, Fehlallokation von Investitionen, überhitzte Immobilienmärkte, Finanzinstitute geraten zunehmend unter Druck, steigende Probleme,

wenn nicht Unmöglichkeit der privaten Zukunftsvorsorge bis hin zur faktischen Enteignung der Sparer. Mit wieder steigender Inflation gewinnen Nullzinsen zusätzliche Brisanz. Besonders pikant ist in diesem Zusammenhang auch, wenn die EU, assistiert von der EZB, über ein neues Instrument der „European Safe Bonds“ einen neuen Anlauf in Richtung Eurobonds unternimmt. Das ist ein weiterer Versuch, Schulden durch die Hintertür zu vergemeinschaften. Die Bundesregierung lehnt dies zu Recht ab. Das alles geht in die falsche Richtung.

Umgekehrt wird ein Schuh draus. Die EZB kann nicht früh genug beginnen, die Wende zurück zu einer stabilitätsorientierten Geld- und Währungspolitik einzuleiten. Das kann ohnehin nur sukzessive erfolgen, um Verwerfungen zu vermeiden. Und man muss nicht warten bis der letzte Zweifel an der Rückkehr der Inflation verfliegen ist. Nur mit mehr Druck Richtung struktureller Reformen und solider Haushaltsführung lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Länder steigern. Dann kommen auch die Investitionen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr **Dr. Johann Schachtner**

Position Wirtschaftsbeirat Bayern



Prof. Dr. Clemens Fuest
Präsident des ifo Instituts –
Leibniz-Institut für Wirtschafts-
forschung an der Universität
München e.V.

Wirtschaftliche Ungleichheit – Wahrnehmung und Wirklichkeit

Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass die Medien über neue Studien und Zahlen zur Ungleichheit von Einkommen und Vermögen berichten. Ausgelöst wurde die aktuelle Ungleichheitsdebatte vor allem durch das Buch des französischen Ökonomen Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jahrhundert“. Sein Buch diskutiert vor allem die Ungleichheit in den USA. Wie ist die Lage in Deutschland? Deutschland gilt

international mit seinem System der Sozialen Marktwirtschaft und seinem stark ausgebauten Sozialstaat als ein Land, das wirtschaftlichen Erfolg mit sozialem Ausgleich verbindet. In Deutschland wird vor allem seit den Reformen der Agenda 2010 aber trotzdem intensiv über das Problem der Ungleichheit diskutiert. Der Vorwurf lautet, seit diesen Reformen habe der Sozialstaat in Deutschland den Rücktritt

angetreten und die Ungleichheit sei angestiegen. Wie im Folgenden gezeigt wird, hat diese Sicht mit den Fakten wenig zu tun. Tatsächlich hat die Einkommensungleichheit in Deutschland vor allem im Zeitraum 1995-2005 zugenommen, also vor den Agenda-Reformen. Seitdem trägt vor allem die sinkende Arbeitslosigkeit dazu bei, dass die Einkommensungleichheit wieder zurückgeht. Die Lohnsprei-



zung, also der Unterschied in der Bezahlung zwischen hoch und niedrig qualifizierter Arbeit, bleibt allerdings hoch.

Im Bereich der Vermögensungleichheit sind die Messprobleme größer als bei den Einkommen.

Nach den vorliegenden Daten ist die Vermögensungleichheit in Deutschland seit dem Jahr 2000 weitgehend unverändert, im internationalen Vergleich allerdings hoch. Das erklärt sich vor allem dadurch, dass in Deutschland weniger Menschen als in anderen Ländern über Immobilieneigentum verfügen.

Fakten zur Ungleichheit, die ein differenziertes Bild bieten, haben es in der öffentlichen Debatte schwer, durchzudringen. Die von der Bevölkerung derzeit wahrgenommene Ungleichheit in Deutschland ist erheblich größer als die tatsächliche Ungleichheit.

EINKOMMENSUNGLEICHHEIT HEUTE: WAHRNEHMUNG UND WIRKLICHKEIT

Dass die Ungleichheitsdebatte in den Medien immer wieder aufgegriffen wird, ist wohl auch damit zu begründen, dass die Mehrheit der Bevölkerung die wirtschaftlichen Gegebenheiten als ungerecht wahrnehmen, ohne dass die Fakten bekannt sind. In einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung stimmten 82% der Befragten der Aussage zu, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland mittlerweile zu groß ist¹. Das International Social Survey Programme (ISSP) bietet Daten zur Wahrnehmung der Ungleichheit, die man mit tatsächlichen Einkommensinformationen vergleichen kann. Dabei zeigt sich für Deutschland, dass die wahrgenommene Einkommensverteilung stark von der tatsächlichen abweicht. Überschätzt wird sowohl der Anteil an armen wie auch an reichen Menschen in der Bevöl-

kerung. Der Anteil der Mittelschicht wird dagegen deutlich unterschätzt. Beispielsweise wird vermutet, dass ca. 25%

der Deutschen ein Einkommen von weniger als 15.000 Euro zur Verfügung steht, während das in Wirklichkeit für nur etwa 15% gilt. Auf der anderen Seite wird geschätzt, dass ca. 15% der Deutschen ein Einkommen zwischen 45.000 und 60.000 Euro erzielen, in Wirklichkeit gilt das jedoch für ca. 23%.

EINKOMMENSUNGLEICHHEIT IN DEUTSCHLAND – WAS SAGEN DIE DATEN?

Zur Erfassung der Ungleichheit wird gewöhnlich der sog. Gini-Koeffizient verwendet: Dieses statistische Maß kann Werte zwischen null (die Einkommen sind gleichmäßig verteilt) und eins (das gesamte Einkommen ist auf eine einzige Person konzentriert) annehmen. In der Literatur wird häufig die Bruttolohnungleichheit untersucht. Betrachtet werden also die Arbeitseinkommen bevor der Staat mit Steuern und Transfers umverteilt.

Berechnet man die Bruttolohnungleichheit unter Berücksichtigung aller potentiellen Arbeitnehmer – also auch der Personen ohne Arbeitseinkommen – mit Hilfe von Daten aus dem sozio-oekonomischen Panel (SOEP), zeigt sich, dass die Ungleichheit bis 2006 zugenommen und seither deutlich abgenommen hat und mittlerweile sogar unter den Wert aus dem Jahr 2000 gesunken ist. Der Gini-Koeffizient lag im Jahr 2000 bei 0,57, stieg dann auf 0,59 im Jahr 2006 an und ist jetzt auf

0,56 (Wert für 2014) zurückgegangen. Das ist eines der Ergebnisse einer aktuellen Studie des ifo Instituts zur Entwicklung der Einkommensungleichheit². Diese Trendwende ist auf eine gestiegene Beschäftigung zurückzuführen, die unter anderem durch die Reformen der Agenda 2010 ermöglicht wurde. Seit 2005 ist die Zahl der Beschäftigten in Deutschland um mehr als 10% gestiegen, so dass für vier Millionen Menschen das Arbeitseinkommen von zuvor Null Euro auf einen positiven Wert anstieg. Dieser Effekt wird nicht erfasst, wenn man allein die Lohnungleichheit unter denen erfasst, die eine Beschäftigung haben. Die Bruttolohnungleichheit unter den Erwerbstätigen ist seit ca. 2005 ungefähr konstant.

Dass die Ungleichheit – sowohl bei der alleinigen Betrachtung der Erwerbstätigen als auch bei Betrachtung der Gesamtbevölkerung – bis 2006 angestiegen ist, geht auf verschiedene Faktoren zurück: Zum einen ist es in der Tat zu einer Lohndivergenz gekommen – die Löhne niedrig qualifizierter Arbeitnehmer haben sich deutlich schlechter entwickelt als die Durchschnittslöhne, eine Folge von Globalisierung und technischem Wandel. Zum anderen stieg die Arbeitslosigkeit an. Es gibt darüber

hinaus aber sozio-ökonomische Veränderungen, welche die Ungleichheitsentwicklung zu einem erheblichen Anteil erklären. Ein wichtiger Faktor ist die seit Mitte der 1990er Jahre gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen. Innerhalb der Gruppe der Frauen ist die Lohnungleichheit größer als unter Männern. Wenn der Anteil der Frauen an den Beschäftigten steigt, nimmt die gemessene Ungleichheit deshalb zu. Zum anderen ist der Anteil der Beschäftigten, die über 50 Jahre alt sind, gestiegen. Da die

Lohnungleichheit unter älteren Arbeitnehmern höher ist als unter jüngeren, führt auch diese Entwicklung zu einer Steigerung der Lohnungleichheit insgesamt. Dass wir mehr Frauen und mehr ältere Arbeitnehmer haben, ist zu begrüßen, hat aber den Effekt, dass die gemessene Ungleichheit steigt.

Betrachtet man abschließend den Eingriff des Sozialstaates in die Bruttoeinkommensverteilung, zeigt sich, dass der Gini-Koeffizient nach Steuern und Transfers ca. 40% niedriger ist als der Gini-Koeffizient der Bruttoeinkommen. Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern zeichnet sich Deutschland durch ein besonders geringes Maß an Nettoeinkommensungleichheit aus, weil der Staat deutlich mehr umverteilt als in fast allen anderen OECD-Ländern.

¹ Steffen Mau, Jan-Ocko Heuer, *Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum. Wie die Bevölkerung über soziale Unterschiede denkt*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bonn 2016.

² Michele Battisti, Gabriel Felbermayr und Sybille Lehwald, *Entwicklung der Einkommensungleichheit: Daten, Fakten und Wahrnehmungen*, Stiftung Familienunternehmen, München, 2016.

PROF. DR. CLEMENS FUEST
Präsident des ifo Instituts –
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.,

Impressum

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, www.wbu.de, info@wbu.de, Tel: 089-2422860, Fax: 089-291518, **V.i.S.d.P.:** Dr. Johann Schachtner, **Redaktionsschluss:** 01.02.2017.

Für die Inhalte der Leitartikel sind ausschließlich die Autoren verantwortlich. **Produktion/Anzeigen:** KOHL MEDIENGRUPPE, www.kohlmediengruppe.com, verantwortlich: Dirk Kohl (Inhaber)





23. Januar – Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik

Vortragsveranstaltung des Ausschusses für Energie- und Rohstoffpolitik zum Thema „Ausbau des Höchstspannungsnetzes für Deutschland und Bayern“. In Vertretung von Staatssekretär Franz Josef Pschierer kam MR Thorsten Schmiege. Weitere Referenten: Dr. Urban Keussen, Vorsitzender der Geschäftsführung Tennet TSO GmbH, Dr.-Ing. Stefan Bürkle, Geschäftsführer der ILF Beratende Ingenieure GmbH. Leitung der Veranstaltung durch Dr. Albrecht Schleich, Stv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie- und Rohstoffpolitik



Foto (GG) v.l.n.r.: Dr. Johann Schachtner, MR Thorsten Schmiege, Dr. Urban Keussen, Stefan Bürkle, Dr. Otto Wiesheu, Dr. Albrecht Schleich

26. Januar – Bezirk München

Empfang für Neu-Mitglieder des Bezirks München unter dem Motto „Willkommen beim Wirtschaftsbeirat Bayern“ im 12. OG des „The Seven“ in München. Begrüßung durch Hans Hammer, Vorsitzender Bezirk München. Kurze Vorträge von Dr. Jürgen Hofmann, Generalsekretär a.D., und seinem Nachfolger Dr. Johann Schachtner zum Thema „Der Wirtschaftsbeirat Bayern – Wer wir sind. Was wir machen. Was wir wollen.“ Anschließend gab es Gelegenheit, in geselliger Atmosphäre bei einem Umtrunk und kleinen Imbiss mit weiteren Unternehmern, Führungskräften und Ehrengästen des Wirtschaftsbeirates ins Gespräch zu kommen und den Ausblick über München zu genießen.



Foto v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Hans Hammer, Dr. Johann Schachtner

26. Januar – Bezirk Mittelfranken

Veranstaltung beim Fraunhofer IIS, Standort Nürnberg. Besuch des Virtual Reality-Holodecks. Begrüßung durch Hausherrn Dr. Günter Rohmer und Dr. Christian Bühler, Vorsitzender Bezirk Mittelfranken. Vortrag und Diskussion: „Virtual Reality im Holodeck – Technologien und Anwendungen für die Zukunft“ von Dr. Stephan Otto, Gruppenleiter Sensorfusion und Ereignisverarbeitung, Fraunhofer IIS Gelegenheit zur Besichtigung des Holodecks



Foto (Gieler) v.l.n.r.: Dr. Christian Bühler, Dr. Günther Rohmer

30. Januar – Bezirk München

Gemeinsame Veranstaltung des Bezirks München und des Ausschusses Immobilienwirtschaft zum Thema: „Die Neugestaltung des Münchner Hauptbahnhofs“. Begrüßung durch Hans Hammer, Vorsitzender Bezirk München. In Vertretung von Stadtbaurätin Prof. Merk kam Andreas Uhmann, Ltd. Baudirektor, PLAN HAII/2, Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München. Weitere Referenten: Günther Pichler, Leiter Regionalbereich Süd DB Station & Service AG, Moritz Auer, Architekt BDA Auer Weber Assoziierte GmbH. Moderation/ Schlusswort: Dr. Dirk Brückner, Vorsitzender Ausschuss Immobilienwirtschaft. Im Anschluss an die Veranstaltung gab es die Möglichkeit, ein Modell des neuen Gebäudeensembles im Hauptbahnhof zu besichtigen.



Foto (GG) v.l.n.r.: Dr. Dirk Brückner, Günther Pichler, Andreas Uhmann, Moritz Auer, Hans Hammer, Dr. Johann Schachtner





2. März, Ingolstadt

Bezirk Ingolstadt: Besuch bei Kaspersky Labs GmbH, Marco Preuss, Director Europe – Global Research and Analysis, „Aktueller Überblick zur Cyberbedrohungslage“

6. März, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Prof. Gabriel Felbermayr, PhD, Leiter des Zentrums für Außenwirtschaft Ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V., „Welthandel – Aktuelle Perspektiven, neue Trends“

7. März, Bad Kissingen

Bezirk Rhön/Saale: Ministerialrat Michael Gotschlich, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie u. Technologie, „Freihandelsabkommen CETA“

Neu

13. März, Fürth

Bezirk Mittelfranken: Joachim Vetter, Präsident des Landesarbeitsgerichts Nürnberg, „Arbeitsrecht – zu kompliziert für die Wirtschaft?“

Neu

15. März, München

Junger Wirtschaftsrat: Werkstattbesuch im Bayerischen Landtag

16. März, München

Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik: Rainer Baake, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, „Energie- wende – Was ist erreicht, wie geht es weiter?“

Neu

18 - 19. März, Schliersee-Spitzingsee

Junger Wirtschaftsrat: Skiwochenende Spitzing

Neu

20. März, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Dr. Carl Fried-

rich Eckhardt, Leiter Kompetenzzentrum Urbane Mobilität, BMW Group „Nachhaltige urbane Mobilität gestalten. Gemeinsam.“

21. März, München

Junger Wirtschaftsbeirat: „Startups und Kooperationen – Wie sie wirklich funktionieren können“

Neu

23. März, München

Ausschuss für Wehrtechnik: Dr. Karl-Heinz Kamp, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, „Die Sicherheitspolitik Deutschlands am Beginn einer neuen Ära!“

31. März, Speinshart

Bezirk Weiden/Nordoberpfalz: 4. Kongress im Kloster Speinshart, „Führen mit christlichen Werten“

Neu

4. April, Unterföhring

Ausschuss für Medienpolitik (Alpenblücke): Andreas Scheuer, MdB, CSU Generalsekretär „Die Rolle der Medien im Bundestagswahlkampf 2017 – Zwischen Fake News, Social Bots und Qualitätsjournalismus“

Neu

05. April, München

Ausschuss für Ordnungspolitik: „Energie“

Neu

11. April, München

Junger Wirtschaftsbeirat: Prof. Dr. Helmut Krcmar, Lehrstuhlinhaber der TU München: Dr. Rainer Bauer, Ministerialdirigent im Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, „Digitalisierung in der Verwaltung – wohin entwickelt sich die Welt und wie steht es um Bayern“

24. April, Rothenburg (abgesagt)

Bezirk Ansbach/Westmittelfranken:

Ilse Aigner, MdL, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Neu

26. April, München

Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: u.a. mit Matthias Anderer, Managing Partner Matthias Anderer GmbH „Künstliche Intelligenz und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt“

Neu

16. Mai, München

Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Staatssekretär Franz Josef Pschierer, MdL, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Neu

17. Mai, München

Ausschuss für Ordnungspolitik: Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL, Bayerischer Staatsminister der Justiz; Dr. Abdel-Hakim Ourgh, Lehrbeauftragter für islamwissenschaft, Universität Freiburg; Dr. Reinhard Müller, Verantwortlicher Redakteur für Zeitgeschehen und Staat und Recht, Frankfurter Allgemeine Zeitung; Prof. Dr. Bernd Engler, Rektor der Eberhard Karls Universität Tübingen

Neu

17. Mai, Sengenthal

Bezirk Jurakreis: Betriebsbesichtigung Max Bögl Bauservice GmbH und Co. KG

18. - 19. Mai, Kloster Banz

Ausschuss für Mittelstand gemeinsam mit dem Wirtschaftsrat Deutschland/LV Sachsen: Bayerisch-Sächsischer Unternehmerkonvent

Neu

31. Mai - 1. Juni, Berlin

Forum Berlin: Berlinreise

23. Juni, Frauenwörth

Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein: Frauenwörther Gespräche mit Prof. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, ehem. Präsident des ifo-Instituts

28. Juni, Lindenberg

Bezirk Lindau: Staatssekretär Franz Josef Pschierer, MdL, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, „Luftfahrt“

29. Juni, München

Ausschuss Außenwirtschaft: Dr. Josef Braml, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) Leiter DGAPforesight

Neu

4. Juli, Burghausen

Bezirke Passau, Inn/Salzach und Berchtesgadener Land/Traunstein: Sommerempfang der ostbayerischen Bezirke

10. Juli, Amberg

Bayerischer Wirtschaftstag

11. Juli, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, „Brexit“

26. September, Brüssel

Forum Brüssel: Brüsselreise vom 26.-27.09.2017

Neu

5. Oktober, Ort noch offen

Bezirk Oberland: Prof. Hans-Werner Sinn, Präsident a.D. ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

20. November, München

Generalversammlung



Kaffeemaschinen
Kaffeautomaten
Snackautomaten
Getränkeautomaten
Fotoautomaten



zoells.de GmbH
rund um die Uhr



Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390

